

Außer der Wahl von drei nichtständigen Mitgliedern hatte die Bundesversammlung auf Grund des Art. 4 Abs. 2 der Völkerbundsatzung mit einfacher Stimmenmehrheit zu dem Ratsbeschluß vom 15. September 1934 betreffend die Errichtung eines neuen ständigen Ratssitzes zugunsten der Sowjetunion (vgl. J. O. 1934, p. 1395/96) Stellung zu nehmen. Am 18. September 1934 fanden sich 40 Stimmen dafür, während die übrigen 10 anwesenden Mitglieder sich der Stimme enthielten (XV^e Ass., pl., p. 65).

Bis Mitte September 1935 setzt sich demnach der Rat aus folgenden Mächten zusammen: a) aus 5 ständigen Mitgliedern: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und der Sowjetunion. Das sechste Mitglied, Japan, das formell bis zum 27. März 1935 dieser Gruppe zuzurechnen ist, scheidet an diesem Tage aus dem Völkerbunde endgültig aus; b) aus 2 sogenannten halbständigen, für wiederwählbar erklärten Mitgliedern: Polen und Spanien; c) aus 8 nichtständigen, auf drei Jahre gewählten Mitgliedern: Argentinien (Anfangstag des Mandats: 2. 10. 1933), Australien (2. 10. 1933), Chile (17. 9. 1934), Dänemark (2. 10. 1933), Mexiko (3. 10. 1932), Portugal (9. 10. 1933), Tschechoslowakei (3. 10. 1932), Türkei (17. 9. 1934). In dieser neuen Zusammensetzung wurde die 82. (ordentliche) Tagung des Völkerbundsrates am 19. September 1934 eröffnet (vgl. die Begrüßungsrede des Präsidenten und die Antworten der neuen Mitglieder in J. O. 1934, p. 1429/30).

Im September 1935 werden Mexiko und die Tschechoslowakei ausscheiden, und Polen, das bereits zweimal — am 9. 9. 1929 und am 3. 10. 1932 — wiedergewählt worden ist, wird einen neuen Antrag auf Wiederwählbarkeit an den Präsidenten der Versammlung richten müssen.

v. Gretschaninow.

4. Der Plan eines internationalen Abkommens betreffend die Bekämpfung politischer Verbrechen und die Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofes

Der anlässlich des ungarisch-jugoslawischen Streites am 10. Dezember 1934 gefaßte Beschluß des Völkerbundsrates¹⁹⁾ ordnet in Ziffer 4 die Einberufung eines elfköpfigen Sachverständigenausschusses an, dem es obliegen soll, den Entwurf einer Konvention zur Bekämpfung politischer Verbrechen und Terrorakte auszuarbeiten. Als Diskussionsgrundlage wird er unter anderem die bereits formulierten französischen Anregungen vorfinden und zu ihnen Stellung nehmen müssen. Der französische Außenminister Laval hatte in der Ratsdebatte vom 8. Dezember 1934 auf die Notwendigkeit hingewiesen, eine wirksame Bekämpfung des politischen Terrorismus auf internationaler Grund-

¹⁹⁾ S. oben S. 135.

lage zu sichern, und die Einreichung diesbezüglicher konkreter Vorschläge angekündigt (J. O. 1934, p. 1731). Diese wurden dann am 9. Dezember dem Ratspräsidenten überreicht und am 10. Dezember vom Generalsekretär den Bundesmitgliedern bekanntgegeben (Drucksache C. 542. M. 249. 1934. VII, Journ. Off. 1934, p. 1839). Ihr Wortlaut ist im Anhang abgedruckt.

Der französische Vorschlag wirft unter anderem ein Problem wieder auf, das den Völkerbund bereits im Jahre 1920 beschäftigt hatte, von der 1. Bundesversammlung aber auf ein totes Gleis geschoben worden war. Bekanntlich hatte das mit der Ausarbeitung des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag beauftragte »Comité Consultatif de Juristes« auf Anregung seines Präsidenten, Baron Descamps, der darin insbesondere von Lapradelle und Altamira unterstützt wurde, dem Völkerbunde eine Empfehlung unterbreitet, in der es die Gründung eines internationalen Strafgerichtshofes »pour juger les crimes contre l'ordre public international et le droit des gens universel« befürwortet (Procès-verbaux du Comité, p. 748, deuxième voeu; vgl. auch die Diskussion ebenda, S. 498—516). Im Völkerbundsrat erstattete das griechische Mitglied Caclamanos darüber Bericht und erklärte sich für die Überweisung des Problems zwecks weiterer Prüfung an wissenschaftliche Vereinigungen, die sich auch zu der Frage zu äußern hätten, ob es sich um ein selbständiges Gericht handeln oder ob die Haager Cour auch für Strafsachen für zuständig erklärt werden sollte (Actes de la I^e Ass., I^e Com., p. 481). In der Bundesversammlung beschäftigte sich damit die 3. Kommission, deren Berichterstatter Lafontaine darauf hinwies »qu'il n'existe pas encore de droit pénal international reconnu par toutes les Nations«. Sollte es aber dazu kommen, so erklärte er sich eher für eine »Chambre spéciale« innerhalb der Haager Cour als für die Errichtung eines besonderen Gerichts. Im übrigen betrachtete Lafontaine die Diskussion als verfrüht (Actes de la I^e Ass., pl., p. 745, 764). Die Versammlung nahm von diesem Bericht Kenntnis, ohne irgendeinen Beschluß zu fassen. Seither bemächtigte sich die Wissenschaft dieses Problems, das wiederholt Gegenstand der Erörterungen in verschiedenen wissenschaftlichen Vereinigungen wurde. Außer den strafrechtlichen, von der Association internationale de droit pénal veranstalteten Kongressen ²⁰⁾ und den Conférences internationales pour l'unification du

²⁰⁾ Bis jetzt haben 3 solche Kongresse stattgefunden: 1926 in Brüssel, 1929 in Bukarest und 1933 in Palermo, doch nur dem ersten kommt für die hier zur Erörterung stehende Frage eine grundlegende Bedeutung zu. Die Association pénale ist zum Hauptträger der auf Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofes gerichteten Bewegung geworden. Sie läßt die Frage von einer besonderen Kommission behandeln, der Pella im Jahre 1928 den Entwurf eines Statuts eines solchen Strafgerichts (abgedruckt bei v. Weber, Internationale Strafgerichtsbarkeit, 1934, S. 155 ff.) vorlegte und die im Zusammenhang mit anderen wissenschaftlichen Gesellschaften ihre Arbeiten fortsetzt.

droit pénal²¹⁾, hat sich auch die International Law Association auf ihren Tagungen in Buenos Aires (1922), Stockholm (1924) und Wien (1926) eingehend mit der Frage beschäftigt²²⁾. Ferner wußte der sehr rührige rumänische Kriminalist und Völkerbundsdelegierte Pella auch die interparlamentarische Union für das Problem einer internationalen Strafgerichtsbarkeit zu interessieren. Auf ihren Konferenzen von Bern (1924), Washington (1925) und Genf (1932) wurde die Frage allgemein entweder im Zusammenhang mit der Sicherheit und dem Angriffskrieg oder im Rahmen einer Kodifikation des Weltrechtes erörtert und ein ständiger Ausschuß für die Ausarbeitung eines Strafrechts für Staaten (Code répressif des nations) eingesetzt, der aber seine Arbeiten noch zu keinem sichtbaren Ergebnis gebracht hat²³⁾.

Die Arbeiten der erwähnten Kongresse und Konferenzen, an denen Pella maßgebenden Anteil hatte, veranlaßten ihn zu dem Versuch, die Frage auch im Völkerbunde aus der Sackgasse, in welche sie 1920 geraten war, herauszubringen. Die Revision des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes schien ihm die beste Gelegenheit zu sein, um einer Erweiterung der Zuständigkeit der Cour und der Errichtung einer Strafkammer näherzutreten. Er berief sich dabei darauf, daß die erste Bundesversammlung das Problem nicht ausdrücklich abgelehnt, sondern seine Behandlung nur als verfrüht bezeichnet habe, und daß der Rat eine vorherige Prüfung durch wissenschaftliche Vereinigungen sogar für wünschenswert erklärt habe. Nachdem dies in ausgiebigem Maße geschehen sei, wäre die Frage für eine Erörterung innerhalb des Völkerbundes reif geworden. Pella setzte sich mit dieser Ansicht in der 1. Kommission der 9. Bundesversammlung (1928) nicht durch, da man dort der Meinung war, daß die Revision des Statuts sich auf durch die Erfahrung notwendig erscheinende Modifikationen bereits bestehender Bestimmungen zu beschränken hätte und nicht zur Schaffung neuer Einrichtungen und zu Umgestaltungen führen sollte (9^e Ass., I C., p. 35—37). Auf denselben Standpunkt stellte sich, nachdem Cassin einen entsprechenden Bericht erstattet hatte, auch das Plenum. Nur der belgische Delegierte Carton de Wiart betonte, ohne eine sofortige

²¹⁾ Es haben bis jetzt 5 Tagungen stattgefunden: 1927 in Warschau, 1928 in Rom, 1930 in Brüssel, 1931 in Paris und 1933 in Madrid. Diese Konferenzen beschäftigen sich mit der Vereinheitlichung des Strafrechtes und mit dem materiellen »völkerrechtlichen Strafrecht«, also mit den Bestimmungen über die sogenannten »crimes internationaux«, die der künftige Strafgerichtshof anzuwenden hätte.

²²⁾ Vgl. Bellot, Draft Statute for the permanent internat. Criminal Court, Report of the 33rd Conference of the I. L. A., p. 75. — Report of the Permanent Internat. Criminal Court Committee to the Vienna Conference, Report of the 34th Conference, p. 279 bis 309.

²³⁾ Vgl. Comptes-rendus de la 22e Conf. interparlementaire, p. 328; de la 23e Conf., p. 24—29, 188; de la 28e Conf., p. 20, 379, 412.

Erörterung für erwünscht zu halten, die Notwendigkeit für den Völkerbund, sich mit den verschiedenen Entwürfen, die die wissenschaftlichen Gesellschaften für das Statut eines internationalen Strafgerichtshofes ausgearbeitet haben, zu befassen. blieb der Versuch, das Problem praktisch in Angriff zu nehmen, auch ergebnislos, so nahmen die theoretischen Erörterungen doch ihren Fortgang. Nicht nur Kongresse, sondern auch einzelne Gelehrte, sowohl Kriminalisten wie Völkerrechtler haben ihm ihre Aufmerksamkeit gewidmet und in zahlreichen Schriften dazu Stellung genommen²⁴⁾. Doch haben manche von ihnen dadurch, daß sie allzusehr die Idee eines staatlichen Verbrechens und einer strafrechtlichen Verantwortung der Staaten sowie die Vorstellung einer Strafgerichtsbarkeit über Staaten in den Vordergrund rückten und die Zuständigkeit des zu errichtenden Gerichtshofes, der z. B. auch den Angriffskrieg und die im Kriege begangenen Verletzungen des Kriegesrechts zu ahnden haben sollte, maßlos überspannten, dem Gedanken eher geschadet als genutzt.

Nach den französischen Grundlinien, soweit sich schon jetzt ihre wirkliche Tragweite übersehen läßt, erscheint dagegen die geplante »Cour pénale internationale« nicht als ein Strafgericht, das seine Aufgabe in der Durchsetzung der internationalen Rechtsordnung gegen

²⁴⁾ Vgl. Reeves, *Internat. criminal jurisdiction*, Proceedings of the Amer. Soc. of Int. Law, 1921, p. 62; 1922, p. 69. — Phillimore, *An internat. Criminal Court and the resolutions of the Committee of jurists*, British Yearbook of Int. Law, 1922/23, p. 79. — Bustamante, *La Cour Perm. J. I.*, 1925, p. 182. — Saldaña, *La justice pénale internat.*, Rec. d. Cours (Académie de dr. int.), v. 10, 1925, p. 227. — Pella, *La criminalité collective des Etats et le droit pénal de l'avenir*, 2e éd., 1926, mit Antworten namhafter Gelehrter auf die vom Verfasser veranstaltete Umfrage. — *Revue internat. de dr. pénal*, v. III (1926) mit Aufsätzen von Bellot (S. 333 ff.), Saldaña (S. 338 ff.), Politis (S. 370 ff.) und Pella (S. 391 ff.). — Briery, *Do we need an internat. Criminal Court?* British Yearbook of Int. Law, 1927, p. 81. — Sagone, *Il delitto internaz.*, 1927. — Vadasz, *Jurisdiction criminelle internat.*, Rev. dr. int. et sc. dipl. (Sottile), 1927, p. 274. — Politis, *Les nouvelles tendances du dr. internat.*, 1927, p. 95—139. — Pella, *La coopération des Etats dans la lutte contre le faux-monnayage*, 1928, p. 112. — Donnedieu de Vabres, *Les Principes modernes du dr. pénal internat.*, 1928, Ch. X. — Caloyanni, *An internat. Criminal Court*, Transactions of the Grotius Society, v. 14 (1928), p. 69. — Reliquet, *De l'utilité et de l'organisation d'une juridiction criminelle internat.*, Thèse, 1928. — Da Silva, *A Sociedade das Nações e o direito penal internacional*, 1928. — Rutgers, *Strafbaarstelling van aanvalsoorlog*, 1928. — Frank, *Strafrecht und Völkerrecht*, Strupp's Wörterbuch, Bd. III (1929), S. 1090. — Caloyanni, *La justice pénale internat.*, Extrait de la Revue pénitentiaire de Pologne, v. IV (1929), N. 3/8. — Fischer Williams, *Chapters on current internat. Law*, 1929, p. 212—256. — Dumas, *Responsabilité internat. des Etats*; 1930, p. 386—436. — Roux, *L'entr'aide des Etats dans la lutte contre la criminalité*, Rec. d. Cours, v. 36 (1931), p. 81, 168. — Lemkin, *Les actes constituant un danger général (interétatique) considérés comme délits de dr. des gens*, 1934. — v. Weber, *Internat. Strafgerichtsbarkeit (Völkerrechtsfragen, H. 40)*, 1934. — de Beus, *Een internationaal Strafgerechthof? De Volkenbond*, Jan. 1935, p. 112.

Rechtsbrüche der Staaten sieht, sondern als ein Gericht über Individuen, die grundsätzlich der Gerichtsbarkeit der nationalen Gerichte unterstehen und von den betreffenden Staaten in fakultativer Weise der internationalen Instanz zur Aburteilung übergeben werden können. Es handelt sich hier — wie etwa im Falle der gemischten Schiedsgerichte der Friedensverträge für andere Rechtsgebiete — um eine Delegation der innerstaatlichen Strafgerichtsbarkeit in ganz bestimmten Fällen an ein internationales Gericht. Dabei bleibt diese Delegation im Ermessen der Staaten, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen können, z. B. wenn sie sich dadurch von einer eventuellen Verantwortung für die Tätigkeit ihrer eigenen Gerichte in Fällen, die wegen ihrer Begleitumstände besonders heikel sind, befreien wollen. Diese Natur des zu errichtenden Strafgerichts, der fakultative Charakter seiner Gerichtsbarkeit und der eng gezogene Umfang seiner Zuständigkeit lassen seine Verwirklichung als nicht außer dem Bereich praktischer Möglichkeit liegend erscheinen. Dazu kommt, daß die französischen Grundlinien, infolge der nach dem Marseiller Attentat von vielen empfundenen Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit der Staaten für die wirksamere Bekämpfung überhandnehmender politischer Terrorakte, zweifellos auf eine günstigere Aufnahme in Genf rechnen dürfen als seinerzeit die Empfehlungen des »Comité de Juristes«.

v. Gretschaninow.

Anhang

Bases pour la conclusion d'un accord international en vue de la répression de crimes commis dans un but de terrorisme politique

La convention à conclure aura pour but exclusif de faciliter la répression des actes criminels dirigés contre les personnes ou les biens et constituant une action terroriste dans un but politique.

A.

Les faits visés sont les suivants:

- a) l'attentat à la vie ou à la liberté, soit des chefs d'Etat, soit des membres du Gouvernement, des assemblées politiques ou administratives ou des corps judiciaires, soit de fonctionnaires, soit de personnes privées à raison de l'attitude politique de celles-ci;
- b) l'attentat contre des bâtiments publics, chemins de fer, navires, aéronefs et autres moyens de communication;
- c) l'association en vue de commettre les mêmes faits;
- d) la détention d'armes, munitions, explosifs ou engins incendiaires en vue de commettre les mêmes faits;
- e) la provocation à commettre les faits ci-dessus spécifiés ou l'apologie de ceux-ci.

Il y aurait lieu de rechercher, en tenant compte de l'état des différentes législations, si d'autres faits devraient être ajoutés à cette liste.

L'engagement serait pris par les Puissances contractantes de réprimer les faits de cet ordre, la tentative de les commettre et la complicité, même lorsque ces faits sont dirigés contre un autre Etat contractant, ses autorités ou ses ressortissants.

L'engagement serait pris d'exécuter les commissions rogatoires émises par les autorités d'un Etat contractant à l'occasion de poursuites pour les faits spécifiés ci-dessus.

Pour les détails, il y aurait lieu de s'inspirer de la Convention du 20 avril 1929 pour la répression du faux monnayage.

B.

La répression des faits ci-dessus visés restera confiée aux tribunaux de chaque Etat. Toutefois, il serait institué une Cour pénale internationale, composée de cinq membres, constituée de façon permanente, bien que n'ayant à se réunir que lorsqu'une poursuite relevant de sa compétence serait intentée.

La Cour pénale internationale aurait à juger les individus accusés de l'un des faits ci-dessus prévus dans les cas suivants:

a) l'accusé s'étant réfugié dans un pays autre que celui qui veut le poursuivre, le pays de refuge préfère, plutôt que d'accorder l'extradition à l'Etat requérant, déférer l'accusé pour jugement à la Cour pénale internationale;

b) l'Etat sur le territoire duquel le fait a été commis croit devoir renoncer dans le cas particulier à poursuivre devant ses propres tribunaux.

L'institution d'une semblable Cour pénale internationale répond à la double préoccupation d'assurer une justice impartiale dans des cas particulièrement délicats et de mettre à couvert la responsabilité de l'Etat dont les tribunaux auraient à juger des crimes de cet ordre.

Il y aurait lieu de déterminer la loi pénale que cette Cour internationale aurait à appliquer.

A l'occasion de chaque sentence, la Cour déterminerait l'Etat contractant à qui incomberait le soin d'assurer l'exécution de la peine.

Le droit de grâce, en ce qui concerne les condamnations prononcées par la Cour pénale internationale, serait exercé par le Conseil de la Société des Nations sur proposition, soit de l'Etat où la peine est exécutée, soit de l'Etat contre lequel les actes étaient dirigés, soit de l'Etat national du condamné.

C.

La Convention devrait prévoir des dispositions propres à assurer la sincérité des passeports et pièces d'identité.

L'engagement devrait être pris de réprimer la fabrication de fausses pièces d'identité, la falsification des pièces d'identité et l'usage des pièces fausses ou falsifiées, même si la falsification concerne les cachets ou signatures d'une autorité étrangère.

D.

Il y aurait lieu de prévoir et d'organiser:

a) la communication de tous renseignements au sujet de la préparation dans un pays d'actes criminels rentrant dans les prévisions de la Convention lorsque ces actes apparaîtraient comme susceptibles d'être accomplis dans un autre pays contractant;

b) la communication de renseignements au sujet de poursuites ou condamnations rentrant dans le cadre d'application de la Convention;

c) la communication de renseignements au sujet de la falsification de pièces d'identité, ainsi que de l'usage de celles-ci.

En dehors de la Convention envisagée, il y aurait lieu d'adresser aux Membres de la Société des Nations une recommandation en vue de l'insertion, dans leurs traités d'extradition, d'une clause excluant, si ce n'est déjà fait, l'assassinat de la catégorie des faits politiques ne donnant pas lieu à extradition.

5. Gutachten eines Juristen-Komitees: Auslegung der Artikel 75 und 96 des Genfer Abkommens über Oberschlesien vom 15. Mai 1922²⁵⁾

Ein von dem Völkerbundsrat am 26. Mai 1932²⁶⁾ eingesetztes Juristenkomitee, bestehend aus den Herren Basdevant, Ferrari dalle Spade und Lampert, hat dem Rat am 6. Oktober 1933 ein Gutachten erstattet, in dem der allgemeine Rechtssatz enthalten ist, *daß eine nach den Minderheitenschutzbestimmungen verbotene Diskrimination von Minderheitenangehörigen in der ungerechtfertigten Verzögerung von Verwaltungsakten liegen kann.*

Die dem Fall zugrundeliegenden Tatsachen, die Gegenstand zweier Petitionen des Deutschen Volksbundes auf Grund von Art. 147, 75 und 96 des Oberschlesienabkommens geworden sind, sind kurz folgende:

Die »Krolewska Hucka Spolka Pieczy«, eine mildtätige Gesellschaft, deren Zweck vornehmlich in der Fürsorge für die in Polen lebenden deutschen Minderheiten besteht, hatte von der Genossenschaft schlesischer Malteserritter das Eigentum an dem Saint-Jules-Hospital in Rybnik erworben. Am 10. August 1927 beantragte sie bei dem zuständigen Grundbuchamt in Rybnik ihre Eintragung als Eigentümerin. Das Grundbuchamt gab ihr durch Verfügung vom 3. September und weiter vom 30. Dezember 1927 eine Vervollständigung der Urkunden auf. Diese erfolgte am 9. Februar 1928. Die beim Bezirksgericht in Kattowitz eingelegte Beschwerde vom 15. Mai 1928 darüber, daß die Eintragung noch nicht erfolgt war, wurde im Juni zurückgewiesen, weil der Bischof von Kattowitz am 13. April mit Unterstützung des schlesischen Wojewoden einen Antrag auf Löschung der Antragstellerin im Handelsregister gestellt hatte. Irgendwelche Gründe dafür, die Eintragung in der Zeit vom 9. Februar bis zum 13. April

²⁵⁾ S. d. N., Journ. Off., 1934, p. 212 ff.

²⁶⁾ S. d. N., Journ. Off. 1932, p. 832. In seiner Sitzung vom 15. Dezember 1928 hat sich der Rat auf Grund einer Petition des Deutschen Volksbundes vom 20. Juli 1928 schon einmal mit dieser Angelegenheit zu befassen gehabt. Dem Vorschlage des damaligen Berichterstatters Adatci folgend, hat der Rat damals das Verfahren bis zur endgültigen Entscheidung durch die polnischen Gerichte ausgesetzt (vgl. J. O. 1929 p. 59).